

Landkreis Lüneburg

DER LANDRAT

TISCHVORLAGE

Ergänzung

<u> </u>	
Vorlagenart	Vorlagennummer
Beschluss-	2004/176
vorlage	2004/170
Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich

Kreisentwicklung

Az.: 2

Datum: 16.12.2004

Sachbearbeiter/in: Lemke, Kerstin

Beratungsgegenstand:

Neuausrichtung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg

Status	Sitzungsdatum	Gremium
Ö	21.09.2004	Ausschuss für Raumordnung, Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV
N	04.10.2004	Kreisausschuss
Ö		Kreistag

Abzeichnung:

Landrat	Organisationseinheit

Anlage/n:

1

Ergänzende Sachdarstellung vom 16.12.2004:

Die SPD-Kreistagsfraktion stellt mit Schreiben vom 15.12.2004 folgenden Änderungsantrag:

I

Der 2. Satz des Beschlussvorschlages ist wie folgt zu ändern:

"Der Empfehlung der Verwaltung für die Variante 2 wird mit der Maßgabe gefolgt, dass die Verwaltung sich dafür einsetzt, den Vorschlag zur Zusammensetzung der Gremien (Regionsrat und Lenkungsausschuss) vom Nds. Städtetag / Städte- und Gemeindebund und der Stadt Lüneburg umzusetzen (s. beigefügte Anlage zur Gremienstruktur).

Begründung:

Bisher wurden die Städte, Gemeinden und Samtgemeinden im Wesentlichen durch die Landkreise vertreten. Dies wurde hergeleitet aus der Zuständigkeit für das Regionale Raumordnungsprogramm. Zukünftig werden in zunehmendem Maße die örtlichen Angelegenheiten und Zuständigkeiten der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden berührt. So geht es um die kommunale Verkehrsplanung, Bauleitplanung, kulturelle und soziale Einrichtungen, also um originäre E Zuständigkeiten der Gemeinden.

Deshalb fordern alle Städte, Gemeinden und Samtgemeinden innerhalb der Metropolregion Hamburg auf niedersächsischer Seite eine bessere Vertretung in den Gremien der Metropolregion Hamburg als bisher vorgesehen. Es wird vorgeschlagen, den Regionsrat auf 38 Personen zu erhöhen und neben den 8 niedersächsischen Landräten auch Vertreter der niedersächsischen Städte und Gemeinden (4 Städtevertreter / 4 Gemeindevertreter) zu entsenden. Für den Lenkungsausschuss sollte ebenfalls ein zusätzlicher Kommunalvertreter vorgeschlagen werden."